KONRAD ADENAUER STIFTUNG
Frankreich

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

9. – 16. Juni 2023

Die französischen Lehrergewerkschaften wurden am 15. Juni von Bildungsminister Pap Ndiaye und der für den Universellen Nationaldienst (SNU) zuständigen Jugendstaatssekretärin Sarah El Haïry empfangen, um über die Zukunft des SNU zu diskutieren. Beim SNU handelt es sich um ein Wahlkampfversprechen von Emmanuel Macron; der Dienst wurde 2018 testweise eingeführt, soll jedoch langfristig allgemein und verpflichtend werden. 2022 absolvierten 32 000 Freiwillige den Dienst. Die Regierung plant nun die Einführung eines zwölftägigen Praktikums während der Schulzeit für die Schüler der 10. Klasse. Der Dienst, den die Schüler in Uniform absolvieren sollen, würde in der Nähe des Wohnorts stattfinden. Der Vorschlag wird von den Gewerkschaften kritisiert, da er nicht zu der versprochenen „geographischen und sozialen Durchmischung der Schüler" führen werde.

Artikel 49.3 der französischen Verfassung „wirft Fragen im Hinblick auf die Grundsätze des Pluralismus, der Gewaltenteilung und der Souveränität des Gesetzgebers auf", so ein Organ des Europarates in einer „Zwischenstellungnahme", die am 14. Juni, veröffentlicht wurde. Die Venedig-Kommission, eine beratende Gruppe des Europarats, die den Staaten Rechtsgutachten zu Gesetzesentwürfen oder bereits in Kraft getretenen Texten zur Verfügung stellt, erinnert in ihrer Stellungnahme daran, dass es „notwendig ist, das Machtgleichgewicht zwischen Parlament und Exekutive zu wahren". Seit Mai 2022 hat die Regierung von Elisabeth Borne elf Mal auf den Artikel 49.3 zurückgegriffen, zuletzt im März im Rahmen der Rentenreform.

Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron hat am 12. Juni Bundeskanzler Olaf Scholz und den polnischen Präsidenten Andrzej Duda im Elyséepalast in Paris empfangen. Es ging bei der Begegnung im Rahmen des Gesprächsformats „Weimarer Dreieck" um den Krieg in der Ukraine und die Vorbereitung auf den Nato-Gipfel im Juli in Vilnius. Konkret war eine stärkere Einbindung der Ukraine in die Nato bei dem Dreier-Gipfel ein Thema.

Frankreich hat Russland am 13. Juni beschuldigt, eine groß angelegte digitale Desinformationskampagne durchzuführen. Russland habe gefälschte, ukrainefeindliche Artikel veröffentlicht, die angeblich von großen französischen Tageszeitungen publiziert worden waren. Dies sei eine neue Episode in Moskaus hybrider Kriegsführung gegen den Westen und eine „unwürdige Handlungsweise eines ständigen Mitglieds des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen", so das Außenministerium.

Der Kronprinz von Saudi-Arabien, Mohammed bin Salman, und Staatspräsident Emmanuel Macron haben sich am 14. Juni in Paris getroffen. Mohammed bin Salman wird auch an dem Gipfeltreffen für einen neuen globalen Finanzpakt teilnehmen, das am 22. und 23. in Paris stattfindet. Außerdem soll er an einer Zeremonie teilnehmen, die am 19. Juni in der französischen Hauptstadt geplant ist, um die Bewerbung Saudi-Arabiens als Gastgeber der Weltausstellung 2030 offiziell zu bestätigen.

Emmanuel Macron hat am 13. Juni angekündigt, dass die Produktion von mehr als 50 der 450 als „essentiell" eingestuften Medikamente in den nächsten Jahren nach Frankreich zurückverlegt werden soll. Bereits in den nächsten Wochen werden 25 Medikamente wieder in Frankreich hergestellt, darunter Antibiotika, Morphin und Paracetamol. Der Präsident reagiert damit auf die zahlreichen Versorgungslücken, die sich seit Beginn der Corona-Pandemie im Jahr 2020 abgezeichnet haben. Insgesamt waren im vergangenen Jahr mehr als 3500 Moleküle nicht vorrätig oder unterlagen einem Engpass. Laut einer BVA-Studie, die im Auftrag von France Assos Santé im März 2023 durchgeführt wurde, waren 37 % der Franzosen mit Lieferengpässen in Apotheken konfrontiert.

Staatspräsident Emmanuel Macron hat am 14. Juni die VivaTech-Messe in Paris eröffnet. Der Staatschef stellte in diesem Rahmen neue Maßnahmen zur Unterstützung eines Sektors vor, der nach Jahren der Hochkonjunktur mit Finanzierungsproblemen zu kämpfen hat. Vorgesehen sind 50 Millionen für den Ausbau des Supercomputers Jean-Zay sowie die Schaffung eines neuen Exascale-Großrechners. Am 16. Juni ist ein Treffen des Staatspräsidenten mit Elon Musk geplant. Die französische Regierung möchte Elon Musk davon überzeugen, eine Fabrik für Tesla-Batterien in Frankreich zu errichten, betonte stellvertretende Minister für Digitales, Jean-Noël Barrot, am 14. Juni.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Der Vorsitzende der Regierungspartei Renaissance, Stéphane Séjourné, hat die Abgeordneten seiner Partei zu einem Arbeitstreffen am 21. Juni eingeladen, im Rahmen dessen über „den politischen Kontext und die Strategie der Mehrheitspartei" diskutiert werden soll. Konkret soll es laut interner Quelle um eine strukturiertere Zusammenarbeit mit dem bürgerlich-konservativem Lager gehen. Der Fraktionsvorsitzende der „Républicains" Olivier Marleix schloss eine Koalition mit der Regierungsmehrheit am 15. Juni aus, seine Partei werde nicht auf die „sinkende Titanic steigen".

DIE ZAHL DER WOCHE

Engie will die Elektromobilität in Frankreich mit 12.000 Ladepunkten bis 2025 beschleunigen. Der Strom-Konzern investiert zudem „hunderte Millionen Euro', um u. a. 4500 „schnelle" Ladestationen zu einzurichten, die ein Fahrzeug in 20 Minuten aufladen sollen, so Frank Lacroix, stellvertretender Generaldirektor Energy Solutions von Engie, in einer Pressemitteilung.

Konrad-Adenauer-Stiftung Frankreich
15 bis rue de Marignan, 75008 Paris
T +33 15669-1500
www.kas.de/fr/web/frankreich